

Die Gestaltung einer besseren Welt – eine Aufgabe für die Linke

Als linke Fraktion unterstreicht die GUE/NGL Wert die folgenden Schlüsselthemen für internationale Friedensbewegungen sowie soziale und ökologische Gerechtigkeitsbewegungen:

- Strikte Anwendung der UN-Charta und aller anderen Instrumente des Völkerrechts. Wir setzen uns für internationale Beziehungen auf der Grundlage echter Partnerschaften ein, für Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Nutzens und für die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder.
- Die grundlegenden Menschenrechte und demokratischen Freiheiten müssen für alle Menschen gewährleistet sein. Wir verurteilen die Praxis der EU, Menschenrechtsfragen ihren geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Wir fordern, dass die EU ihren Kampf für demokratische Freiheiten durch starke Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte ergänzt.
- Wir engagieren uns für eine Änderung der Regeln des internationalen Handels, lehnen das Diktat der Deregulierung und der Freihandelsabkommen ab und unterstützen stattdessen den fairen Handel; wir stellen Menschenrechte, soziale Rechte und die Umwelt in den Mittelpunkt aller Handelsabkommen.
- Die EU muss ihren Feldzug zugunsten der Privatisierung der Wirtschaft und der Liberalisierung von Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung, innerhalb der EU und in ihren Handelsbeziehungen mit Drittstaaten beenden.
- Wir haben uns dem Kampf gegen Spekulation und für eine internationale Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklungshilfe verschrieben. Außerdem üben wir weiterhin Druck auf Regierungen aus, als erstes Mindestziel die Millennium-Entwicklungsziele umzusetzen.
- Wir befürworten eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und den Entwicklungsländern, um eine starke Allianz gegen Sozial- und Umweltdumping und für die Einführung und Anwendung internationaler Regeln zur Gewährleistung von sozialen Rechten, Entwicklung, kultureller Vielfalt und Umweltschutz, einschließlich der Bekämpfung des Klimawandels, zu schmieden.

MdEP der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) im Europäischen Parlament:



Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt:
karin.schuttpelz@europarl.europa.eu

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:
guengl-communications@europarl.europa.eu
Fotos: Vereinte Nationen, Europäischer Rat, Europäisches Parlament,
Gianfranco Battistini, iStockphoto
Gestaltung: Dominique Boon
Druck: Dossche Printing
© GUE/NGL – Brüssel 2011
Auf Recyclingpapier gedruckt



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Die EU-Außenpolitik im Kontext

Das Interesse an Öl, Gas und anderen Rohstoffen, die Handelsinteressen multinationaler Konzerne und das Denken in Begriffen wie Macht und Vorherrschaft bilden die Grundlage der EU-Außenpolitik. Diplomatie, Kooperations- und Hilfsprogramme gehen immer häufiger mit Militär- und Polizeieinsätzen einher. Die Ursachen internationaler Konflikte und weltweiter Probleme dagegen werden stets ausgeblendet.

Die EU-Mitgliedstaaten sind an zahlreichen Kriegen und Militäreinsätzen auf der ganzen Welt beteiligt. Obwohl die Palästinenser aufgrund des ungelösten Nahost-Problems leiden, übernimmt die EU als Mitglied des Quartetts keine Verantwortung. Flüchtlinge werden an den europäischen Grenzen aufgehalten und in von der EU finanzierten Auffanglagern in Nachbarländern untergebracht.

Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sind Grundwerte der EU. Es wird jedoch mit zweierlei Maß gemessen: Während die Menschenrechtslage in Drittländern kritisiert wird, bekämpft die EU Menschenrechtsverletzungen in ihren eigenen Reihen nicht mit demselben Eifer. Die EU toleriert und unterstützt sogar bestimmte Regimes, wenn dies ihren geostrategischen oder wirtschaftlichen Interessen dienlich ist.



Unsere Leitgrundsätze

Die GUE/NGL-Fraktion lehnt die Außen- und Sicherheitspolitik der EU und die durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen Strukturen ab. Sie kritisiert nachdrücklich den Mangel an demokratischer Kontrolle und parlamentarischem Einfluss auf diesen Politikbereich.

Die GUE/NGL-Fraktion legt Wert auf die Achtung des Rechts der Völker, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Sie setzt sich für eine Strategie ein, in deren Mittelpunkt Krisenprävention, Multilateralismus, die Verteidigung des Völkerrechts sowie ausschließlich zivile Konfliktlösungen stehen.

Die Außenbeziehungen müssen auf einer langfristigen Vision der Verantwortung der EU für die Errichtung einer friedlichen Welt beruhen. Weltweite Probleme wie Klimawandel und Armut müssen angegangen werden. Dazu bedarf es einer dynamischen Partnerschaft und Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, insbesondere mit Nachbarstaaten und Ländern im Süden.

Ein friedliches Europa ist möglich

Die GUE/NGL-Fraktion engagiert sich für eine ausschließlich zivile EU-Außenpolitik und lehnt die Entsendung europäischer Einsatztruppen zu kriegerischen Zwecken und humanitären Hilfsleistungen ausdrücklich ab. Wir sind der Überzeugung, dass sich Krisen nicht auf militärischem Wege lösen lassen. Nachhaltige Lösungen können nur gefunden werden, wenn die Ursachen einer Krise behoben werden. Würde das Geld, das für Kriege ausgegeben wird, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, für Bildung und Gesundheit verwendet, wäre unsere Welt besser und sicherer.

Wir sind gegen eine zivil-militärische Zusammenarbeit in allen Bereichen, da dies die unwägbare Gefahr in sich birgt, dass Zivilisten ausgenutzt werden, um militärische Ziele zu erreichen.

Die GUE/NGL-Fraktion fordert die Auflösung aller EU-Militärstützpunkte im Ausland und den Rückzug der EU-Truppen aus Afghanistan, dem Irak und anderen internationalen Kriegsgebieten. Anstatt Gelder für Gefechtsverbände und Militäreinsätze zu verschwenden, sollten die EU-Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen, 0,7% ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Die Militärausgaben müssen in allen Mitgliedstaaten gesenkt werden. Die eingesparten Mittel könnten verwendet werden, um soziale und wirtschaftliche Probleme auszuräumen. Dies wäre ein entscheidender Beitrag zur Bewältigung sowohl der Finanzkrise als auch der wachsenden sozialen Probleme in Europa.

Streitkräfte und Waffenbestände müssen in ganz Europa abgebaut werden. Europa braucht keine Raketenabwehrsysteme. Wir lehnen alle Bestrebungen zur Einführung von Mechanismen für weltweite Militäreinsätze ab. Wir streben die nukleare Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa an.

Ein anderes, friedliches Europa ist möglich.

